

In diesen Tagen

verdichtet sich mit dem 9. und 10. November die deutsche Geschichte. Der Bundespräsident hielt dazu eine Rede; vgl. FAZ v. 10.9. 25

I. Es wäre schön gewesen, wenn der Bundespräsident etwas einfallsreicher gewesen wäre. Aber wie bei ihm zu erwarten, war Antisemitismus und der 9. November 1938 sein Hauptthema. **87 Jahre post festum!** Immer und immer wieder!

Um das in Perspektive zu setzen, rechne man von 1938 ausgehend 87 Jahre zurück. Das führt in die Jahre um 1850. Preußen hatte eine neue Verfassung, in Großbritannien regierten Victoria und Prinz Albert; in Frankreich rief sich Napoleon III zum Kaiser aus, Schleswig-Holstein wurde deutsch, und in den USA herrschte noch weitere 10 Jahre Negersklaverei.

Antisemitismus verbunden mit der üblichen Warnung vor extremistischen Parteien – ist das nicht etwas wenig? Die Verengung der deutschen Geschichte auf die Nazi-Zeit ist vermutlich der Hauptgrund dafür, dass sich bei den Jüngeren bei diesem Thema Überdruss und Abwehr bilden. Es könnte bei wirklichen oder angeblichen Antisemitismen doch so ähnlich gehen wie mir als Dorfjunge beim Äpfelkauen: Das machte mir und meinen Freunden nur Spaß, weil es verboten war und der Gartenbesitzer hinter uns her schrie!

II. Rechts kommt von „richtig“. Europa rückt nach rechts. Man will keine Phrasen mehr und keine ideologisch vorgeformten Belehrungen darüber, was man zu denken habe. Gerade die Jüngeren wollen wissen, wer sie sind und woher sie kommen. Sie wollen das eigene Volk, die eigene Kultur wieder entdecken. Das nennen die deutschen offiziösen Meinungsgestalter aber Rechtspopulismus, und die Nazikeule lugt wie der Knüppel aus dem Sack. Patriotismus ist gut – aber nur bei fremden Völkern wie den Ukrainern. Die Meinungsfunktionäre bewundern den von patriotischen Parolen begleiteten Aufschwung Italiens unter der Mussoliniverehrerin Meloni. Wir Deutschen aber verkrampfen uns in der NS – Zeit, und daher ist ein Satz wie **Alles für Deutschland** strafbar. Wenn man das aber nicht sagen darf, dann darf man es doch wohl erst recht nicht tun! **Nichts für Deutschland tun** – ist dann die Folge. Deswegen fällt es uns auch nicht ein, uns für das deutsche Vaterland einzusetzen. Warum sollen wir uns für die von Gestalten wie BP Steinmeier gestaltete Demokratie erwärmen oder auch für die Nazizeit ein ernsthaftes Interesse aufbringen, wenn uns in gestanzten Phrasen immer dasselbe serviert wird?

III. Dabei gäbe es gute Gründe den 9. und 10. November in einen Gesamtzusammenhang der deutschen Geschichte zu stellen. Hierzu erlaube ich mir einige Stichworte zu geben. Vielleicht gelangen sie ja auf den Tisch eines regierungsmäßlichen Redenschreibers.

Am 9. November 1918 wurde die Deutsche Republik ausgerufen.

Am 15. März 1917 hatte Zar Nikolaus II. abgedankt. Damit war Russland aus der Kriegskoalition gegen Deutschland ausgeschieden, und es drohte ein deutscher Sieg im Weltkrieg. Das war der Grund, für die USA, 10 Arbeitstage später, am 6. April., uns den Krieg zu erklären., was zur deutschen Niederlage und Desintegration Mitteleuropas führte.

Meine Anregung für eine Rede des Bundespräsidenten wäre also: **Welche Art von Freundschaft ist mit den USA möglich?**

Am 9. November 1923 fand der Marsch auf die Feldherrnhalle in München von Ludendorff und Hitler statt.

Dieser Marsch war letztlich eine (übrigens unbewaffnete!) Demonstration für die gefährdete Einheit des Deutschen Reiches. Die Vorgeschichte dazu war: In Bayern war am 26. September 1923 der Ausnahmezustand erklärt worden. Die Inflation hatte am 22. Oktober ihren Höhepunkt erreicht. In Sachsen und Thüringen gab es Bürgerkriegsähnliche Unruhen. Am 22. Oktober hatte es in Hamburg blutige Straßenkämpfe zwischen Polizei und Kommunisten gegeben. Am 21. Oktober war im französischen Besatzungsgebiet in den Rheinlanden mit Unterstützung des französischen Militärbefehlshabers die *Rheinische Republik Aachen* ausgerufen worden. Ab 3. November war der Höhepunkt der allgemeinen Verwirrung erreicht.

In der Nacht zum 9. November erklärte Hitler die Reichsregierung für abgesetzt und sich selbst zum Reichskanzler. Der von Ludendorff und Hitler angeführte *Marsch auf die Feldherrnhalle* wurde durch Maschinengewehrfeuer der Polizei zerstreut. Hitler wurde verhaftet und später zu Festungshaft verurteilt. Das war die **Peripetie der Weimarer Nachkriegswirren**. Am 15. November 1923 wurde unter Reichskanzler Luther von Staatssekretär im Reichsjustizministerium Franz Schlegelberger die Rentenmark erfunden. Das war das Ende der Inflation, und es ging, wenn auch mit vielen Widerständen langsam bergauf.

Meine Anregung für eine Rede des Bundespräsidenten wäre hier: **Die deutsche Einigung und Frankreich**.

Am 9. November 1938 fand die berüchtigte Pogromnacht statt.

Der GROSSE PLOETZ erläutert: Die nationalsozialistischen Ausschreitungen gegen Juden in Deutschland (waren) von Reichs - Propagandaminister Joseph Goebbels inszeniert als vorschützende Antwort auf die Ermordung eines Mitgliedes der deutschen Botschaft in Paris. Ernst vom Rath, durch den Juden Heinrich Grünspan.

Meine Anregung für eine. Rede des Bundespräsidenten wäre hier: **Verlorene Nationale Würde und Massenhysterie**.

Am 9. November 1989 verschwand die Mauer, die Deutschland. seit dem 13. August 1961 zertrennt hatte.

Meine Anregung für eine Rede des Bundespräsidenten wäre hier: **Wir Deutschen schaffen das!**

Hören wir doch mal auf mit dem phrasenhaften Gerede von der friedlichen Revolution von 1989. Sprechen wir lieber davon. mit welchem historisch einmaligen Einsatz das deutsche Volk bereit und fähig war, eine völlig heruntergekommen Provinz wieder aufzubauen.

Der 10. November sollte als der Geburtstag von zwei der bedeutendsten Deutschen in Erinnerung bleiben. Martin Luther (1483) und Friedrich Schiller (1759).

Zu **Luther** könnte der Bundespräsident z.B. das Thema behandeln: **Die Reformation als Beginn von Gedankenfreiheit und Aufklärung in Europa**

Zu **Schiller** empfehle ich das aktuelle Thema: **Geben Sie Gedankenfreiheit!**

Diese Worte des Marquis Posa zum König im Schauspiel *Don Carlos* gelten heute besonders in Bezug auf eine Partei, deren Meinungen viele nicht teilen.

Dr. M. Aden

Essen, 10.11.25